



REGIERUNGSERKLÄRUNG

EIN ZUKUNFTSFÄHIGES, RESILIENTES
UND LEBENSWERTES OSTBELGIEN

15. September 2025
Der Ministerpräsident

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
werte Kolleginnen und Kollegen,

in dem kürzlich erschienenen Buch „Der verlorene Frieden“ beschreibt der in Mainz lehrende und forschende Historiker Andreas Rödder das letzte Kapitel und somit das Ende der globalen Ordnung von 1990. In den letzten fünf Jahren haben sich Entwicklungen, die sich lange aufgebaut hatten, zu einer toxischen Verbindung verknüpft, so der Historiker Rödder.

Ich finde, diese Beschreibung fasst das zusammen, was viele Menschen empfinden: die Aneinanderreihung und Gleichzeitigkeit von Krisen und Konflikten, der rasante Wegfall von Gewissheiten und Konstanten, ja sogar das Infragestellen, was eigentlich Wahrheit und was Fiktion ist. Dies belastet viele Menschen. Zudem sind die Konsequenzen auch sehr konkret: Handelskrieg, Aufrüstung und vieles mehr haben direkte Auswirkungen auf Ostbelgien, ob auf Unternehmen und Arbeitsplätze oder die öffentlichen Haushalte.

Professor Rödder belässt es aber nicht bei der Beschreibung und Analyse der schwierigen Realität. Er formuliert auch Prioritäten zur Selbstbehauptung des Westens, unseres Werte- und Lebensmodells. Eine davon ist die „Stärke nach innen“. Gemeint ist damit, dass akute politische Probleme gelöst und die grundlegenden Staatsaufgaben zuverlässig erfüllt werden. Genau das sieht die Regierung als ihre Aufgabe. Sicherung der Daseinsvorsorge durch die zahlreichen tagtäglichen Dienstleistungen und Mut zu notwendigen Reformen. Darum geht es uns. In diesen unsicheren Zeiten kann die DG ein Anker der Stabilität sein.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

In der Regierungserklärung vom 16. September 2024 hat die Regierung ihre übergeordneten Ziele für diese Legislaturperiode vorgestellt. In einer sich rapide verändernden Welt wollen wir die Zukunftsfähigkeit unserer ländlichen Region absichern und gute Lebensperspektiven für alle schaffen.

Unser Kompass ist dabei das Leitbild „Ostbelgien leben 2040“. Es ist das Ergebnis eines breiten Beteiligungsprozesses. Während zweieinhalb Jahren haben tausende Bürgerinnen und Bürger, die Gemeinden, Vereinigungen, Organisationen und Institutionen, die Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ihre politischen Gremien sowie auswärtige Expertinnen und Experten daran mitgearbeitet.

Neun strategische Leitziele sollen bis 2040 als Richtschnur dienen und Orientierung für eine resiliente Zukunftsgestaltung bieten.

Das Leitziel TIEF VERWURZELT UND BREIT VERNETZT skizziert eine selbstbewusste und wertgeschätzte Region mitten in Europa, in der die ostbelgische Identität mit einem aktiven Vereinsleben und ehrenamtlichem Engagement gelebt wird.

Das Leitziel BILDUNG UND LEBENSLANGES LERNEN FÜR ALLE umfasst die Umsetzung der „Bildungsvision 2040“ mit einer qualitativ hochwertigen und inklusiven Bildung, in der jeder seinen Bedürfnissen und Potenzialen entsprechend gefördert und gefordert wird, sich wohlfühlt und sich entfalten kann.

Das Leitziel GENERATIONSÜBERGREIFENDE TEILHABE IN ALLEN LEBENSBEREICHEN beschreibt eine Region, in der alle Bürger – gemeinschaftlich und im stetigen Dialog miteinander – ihre Talente entfalten und soziales Miteinander erleben können.

Das Leitziel LEBENSQUALITÄT UND ZUKUNFTSSICHERUNG DURCH DIGITALE TRANSFORMATION legt den Schwerpunkt auf das digitale Leben, Lernen, Austauschen und Arbeiten mit resilienten Infrastrukturen bei starker Wirtschaft und selbstbestimmten Bürgern.

Das Leitziel NACHHALTIGE WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSREGION beschreibt eine innovative, treibhausgasneutrale und wettbewerbsfähige Region, in der Fach- und Arbeitskräfte gezielt ausgebildet und angeworben werden und jeder sich entsprechend seinen Bedürfnissen und Potenzialen entwickeln kann.

Das Leitziel GESUNDE REGION FÜR ALLE IN JEDEM ALTER beschreibt ein Ostbelgien, in dem die Menschen dank der verschiedenen Maßnahmen der integrierten Versorgung wie Prävention, Grundversorgung und Nachsorge gesund und selbstbestimmt leben und älter werden können.

Das Leitziel ZUKUNFTSWEISENDE, RESILIENTE LANDSCHAFTS- UND SIEDLUNGSENTWICKLUNG gibt vor, wie sich Ostbelgien – im Einklang zwischen Siedlung und Landschaft sowie zwischen Denkmalschutz und modernen Standards – mithilfe einer neuen Raumordnungsgesetzgebung qualitativ weiterentwickeln kann.

Das Leitziel KLIMA SCHÜTZEN FÜR DIE NÄCHSTE GENERATION will mithilfe des integrierten Energie- und Klimaplanes ein treibhausgasneutrales und bilanziell energieautarkes Ostbelgien schaffen.

Das Leitziel VIERTELSTUNDEN-REGION MIT VIELSCHICHTIGER MOBILITÄT FÜR ALLE soll mithilfe von kreativen und innovativen Ansätzen kollektive Mobilitätslösungen ermöglichen, sanfte Mobilität fördern und so lebenswerte und attraktive Ortschaften schaffen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Diese neun Leitziele verstehen wir nicht nur als Auftrag an die Regierung.

Jeder Dienst, jede Einrichtung, jede Behörde, jede Organisation, jeder Verein, ja jeder Mensch kann im Rahmen ihrer oder seiner Möglichkeiten dazu beitragen, sie zu verwirklichen.

Eine zentrale Rolle spielen dabei unsere neun Gemeinden. Sie sind unsere ersten Partner bei der Umsetzung unserer regionalen Leitziele. Mit ihnen gemeinsam wollen wir auf Augenhöhe Ostbelgien gestalten.

Am 10. Januar 2025 hat die Regierung in einem Strategieworkshop gemeinsam mit allen Gemeindegremien über diese Leitziele, die sich daraus ergebenden Entwicklungsperspektiven und konkrete Projektideen diskutiert.

Nun wird an der Umsetzung zahlreicher Projekte gearbeitet. Im Frühjahr 2026 wird dem Parlament ein erster Fortschrittsbericht vorgelegt. Auf diese Weise wollen wir Ostbelgien Schritt für Schritt auf dem Weg ins Jahr 2040 weiterentwickeln – verlässlich, nachhaltig und im Sinne aller, die hier leben, lernen und arbeiten. Einige der ersten Verwirklichungen werde ich beispielhaft gleich erwähnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

überall finden derzeit Diskussionen zu den öffentlichen Haushalten statt. Und überall zeigt sich das gleiche Dilemma: nach Jahren krisenbedingter Ausgaben ist eine Konsolidierung der Haushalte erforderlich und Ausgaben müssen reduziert werden, damit die Schulden tragfähig bleiben. Gleichzeitig sind wichtige Zukunftsinvestitionen notwendig. Wir müssen nun das richtige Gleichgewicht finden. Wir müssen Prioritäten definieren und Ausgaben fokussiert, zielgerichtet und wirksam einsetzen. Die Haushaltsberatungen beginnen in wenigen Wochen. Ich werde dem heute allerdings ein Stück weit vorgreifen.

Finanzen

Unser Tun bewegt sich in einem eng abgestimmten finanzpolitischen Rahmen, dem sich all unsere Projekte unterordnen müssen.

Allen Unkenrufen zum Trotz ist die heutige Finanzlage unserer Gemeinschaft stabil.

Vor dem Ausbruch der Coronakrise befand sich der Gesamthaushalt unserer Gemeinschaft im Gleichgewicht.

Der laufende Haushalt 2020 wies sogar einen Überschuss in Höhe von 20 Millionen EUR aus.

Dann aber haben uns innerhalb kürzester Zeit Corona, die Flutkatastrophe und die Inflationskrise schmerzhaft getroffen.

Später kamen der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der Krieg im Nahen Osten und das rückwärtsgewandte Trumpsche Zollchaos hinzu.

Allein für die Bewältigung der Coronakrise, der Flutkatastrophe und der Inflationskrise haben wir die gigantische Summe von 300 Millionen EUR aufgebracht.

300 Millionen... Das entsprach Drei Viertel eines Jahreshaushaltes.

Vor diesem Hintergrund hatte die Vorgängerregierung entschieden, vom Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes abzuweichen.

Mit einer über die Grenzen von Mehrheit und Opposition hinausgehenden, breiten Mehrheit im Parlament wurden Hilfspakete für die Bevölkerung geschnürt und, ja, neue Schulden gemacht.

Die Regierung ist auch heute noch der Meinung, dass diese Hilfen und die damit verbundenen Schulden notwendig und gerechtfertigt waren.

Hätte man diese Investitionen nicht getätigt und die damit einhergehenden Schulden nicht aufgenommen, würde es den Menschen in Ostbelgien heute spürbar schlechter gehen.

Schulden dürfen jedoch unserer Ansicht nach nur aufgenommen werden, wenn sie entweder dazu dienen, Menschen in außergewöhnlichen Krisenzeiten zu helfen, oder um Zukunftsinfrastrukturen zu finanzieren, die einen echten Mehrwert für die Menschen darstellen.

Heute, 5 Jahre nach dem Ausbruch der Coronakrise, sind wir auf dem richtigen Weg, wieder mit unserem Einkommen auskommen zu können. Dank der Sparanstrengungen werden wir aller Voraussicht nach schon im laufenden Haushalt 2025 wieder mit unserem Einkommen auskommen.

Unser wichtigstes finanzpolitisches Ziel besteht darin, die neuen, strengen europäischen Vorgaben und den damit verbundenen belgischen Haushaltspfad einzuhalten. Dabei wird es in Zukunft nicht mehr auf die sogenannten SEC-Ergebnisse ankommen, sondern auf die Entwicklung der gesamten Nettoprümaerausgaben (NPA). Das macht die Aufgabe nicht leichter. Wir sind aber überzeugt, dass wir dieses Ziel erreichen werden.

Die Ausgangslage ist nicht einfach. Die Lage ist ernst, überall in Europa, in Belgien und logischerweise auch in der DG.

Dennoch ist die Finanzlage unserer Gemeinschaft stabil. Warum muss dann gespart werden?

Dafür gibt es 3 Gründe.

Erstens weil die globalen Krisen zu Mindereinnahmen führen, die wir ausgleichen müssen, wenn wir unsere finanzpolitischen Ziele erreichen wollen.

Zweitens weil die EU in ihrem blauen Brief von Belgien drastische Ausgabenkürzungen verlangt.

Ansonsten drohen unserem Land hohe Strafzahlungen.

Folglich müssen auch wir unsere Ausgaben kürzen, um Strafzahlungen zu vermeiden. Wir können die europäischen Vorgaben nur einhalten, wenn wir Ausgaben einsparen.

Drittens und nicht zuletzt, weil wir uns neue Handlungsspielräume erarbeiten wollen, um insbesondere unsere Schulen und Krankenhäuser zu stärken.

Wir stehen im Bildungs- und im Gesundheitswesen vor großen Herausforderungen. Wir haben zwar in den letzten Jahren massiv in Krankenhäuser und Schulbauten investiert.

Das reicht aber nicht aus.

Zum einen wollen wir alle noch nicht sanierten Schulgebäude modernisieren.

Und zwar netzübergreifend.

Zum anderen erfordern die föderalen Vorgaben weitere Investitionen in unsere Krankenhäuser.

Dabei geht es um nicht weniger als um die Existenzsicherung der Krankenhäuser.

Wir wollen unsere Krankenhauslandschaft auch im Kontext neuer föderaler Reformen zukunftsfähig machen.

Dafür sind Investitionen im 9-stelligen Bereich notwendig.

Das sind aus finanzpolitischer Perspektive gigantische Herausforderungen für unsere Krankenhäuser und Schulen.

Wenn wir diese Herausforderungen bewältigen wollen, ohne dabei an unsere Grenzen zu geraten, dann müssen wir jetzt unsere Handlungsspielräume durch verantwortungsbewusstes Sparen erhöhen.

Aus all diesen Gründen haben wir ein erstes Sparpaket in Höhe von 15 Millionen verabschiedet und ein zweites Sparpaket mit einem Volumen von 8 Millionen EUR auf den Weg gebracht.

Damit hat sich die Regierung im Sommer auseinandergesetzt.

Wir haben entschieden, das Sparziel vorwiegend dadurch zu erreichen, dass auf Erhöhungen verzichtet wird.

Die Nicht Indexierung der Familienzulagen, des Pflegegeldes und der erhöhten AktiF-Beihilfen soll bis 2028 verlängert werden. Auf die Erhöhung der Aktif-Zuschüsse komme ich gleich noch mal zurück.

Für die Dotationen von Einrichtungen öffentlichen Interesses wie dem BRF und Kaleido verzichten wir im kommenden Jahr ebenfalls auf eine Indexierung. Die DUO-Beihilfen werden für neue Anträge von 350 EUR auf 200 EUR pro Monat herabgestuft.

Die bisherigen Empfänger der Beihilfen werden jedoch bis zum Ende ihrer augenblicklichen Ausbildung 350 EUR pro Monat erhalten.

Die Zuschüsse für den NKS werden weiterhin vollumfänglich jährlich um 1,25 % erhöht.

Der flexibilisierte Einstellungsstopp für das Ministerium wird bis zum Ende der Legislaturperiode verlängert. Durch den Einstellungsstopp konnten bereits 40 VZÄ im öffentlichen Dienst eingespart werden.

Am Verbeamtenstopp für das Ministerium und die EÖI halten wir ebenfalls bis zum Ende der Legislaturperiode fest.

Für Investitionen in Infrastruktur werden wir massiv auf die Ausgabenbremse treten.

Zwar werden wir vorerst die geltenden Zuschussätze beibehalten; allerdings werden wir die Anzahl der bezuschussten Projekte deutlich begrenzen.

Darüber werden wir in den kommenden Wochen mit allen neun Gemeindegremien austauschen.

Für Investitionen in Gemeinschaftszentren wie Worriken oder das Kloster Heidelberg und wertvolle Denkmäler wie die Emmaburg werden wir, überall dort, wo das möglich ist, gezielt mit privaten Investoren zusammen zu arbeiten versuchen.

Darüber hinaus halten wir an der strikten Ausgabendisziplin im Bereich der fakultativen Ausgaben fest.

Wir gehen davon aus, dass allein über eine Verschärfung des Durchforstungsprozesses mehrere Millionen pro Jahr eingespart werden können.

Darauf werden wir schon im Oktober bei der Vorstellung des Haushaltes 2026 näher eingehen.

Der finanzpolitische Kontext, in dem wir uns bewegen, ist schwierig. Ohne Zweifel. Unsere Sparmaßnahmen bestehen aus vielen mitunter kleinen Schritten; die es uns in der Summe erlauben, die europäischen Vorgaben einzuhalten. Wir vermeiden soziale Kahlschläge und erarbeiten uns trotzdem Handlungsspielräume für die großen Herausforderungen im Schulwesen und im Gesundheitsbereich.

Uns ist bewusst, dass wir uns mit Sparmaßnahmen nicht beliebt machen.

Aber wir sind nun mal gewählt worden, um Verantwortung zu übernehmen und unsere Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen.

Genau das tun wir.

Meine Damen und Herren,

eine Regierungserklärung ist immer auch ein Tätigkeitsnachweis. Allerdings kann nur ein kleiner Ausschnitt aus den zahlreichen Maßnahmen, die bereits getroffen wurden, vorgetragen werden. Im Zuge der Debatte werden die Kollegin und die Kollegen aus der Regierung weitere Beispiele aufgreifen.

Im Bereich der **Dienstleistungen für Personen mit Beeinträchtigung** hat die Regierung zum Beispiel bereits folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Nach Einstellung der Tätigkeiten der Wohnressource Oberhausen hat die VoG Begleitzentrum die Trägerschaft für die Wohngruppe übernommen und einen Mietvertrag mit dem Internat der BS Sankt Vith ausgehandelt.
2. Das Bauprojekt des Begleitentrums Griesdeck umfasst eine Tagesstätte, ein Angebot der Freizeitbegleitung sowie unter der Trägerschaft der VoG TUAVIA das Biberprojekt.

Im **Seniorenbereich** ist unser erklärtes Ziel, die Rahmenbedingungen zu verbessern, um das Leben und Wohnen im Alter zu optimieren. Dazu hat die Regierung unter anderem folgende Maßnahmen ergriffen:

- die finanzielle Aufwertung der häuslichen Hilfe und der Seniorendorfhäuser,
- Investitionen von über 700.000 EUR in die digitale Infrastruktur der WPZS,
- die Flexibilisierung der Finanzierung der WPZS,
- die mündlich und schriftlich erfolgte Zusage, den Masterplan Eifel mit 100 Millionen € zu unterstützen, was einem gewaltigen finanzpolitischen Kraftakt gleichkommt.

Im **Krankenhausbereich** verfolgt die Regierung das Ziel, eine wohnortsnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für die hiesige Bevölkerung zu gewährleisten. Zu unseren Initiativen in diesem Zusammenhang gehörten unter anderem:

- die Bemühungen zum Erhalt und zur Zukunftsfähigkeit der beiden deutschsprachigen Krankenhäuser vor dem Hintergrund der Reformen des Föderalstaates,
- die Zusage, notwendige Infrastrukturmaßnahmen in Millionenhöhe zu bezuschussen,
- oder auch das proaktive Hinwirken auf eine bedarfsgerechte Überarbeitung der Ostbelgienregelung.

Im **Gesundheitsbereich** wurden im Rahmen des Programms “Born in Belgium” Schulungen durchgeführt, um eine gut funktionierende Netzwerkarbeit zu gewährleisten und so eine bestmögliche Begleitung von Mutter und Kind zu ermöglichen.

Die Darmkrebsfrüherkennungstests für 50-jährige wurden über die Apotheken in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verteilt und ab 2025 wird die Gebärmutterhalskrebsfrüherkennung für Frauen ab 26 angeboten.

Im Bereich der **Jugendhilfe** wurde die Grundlage für die Anerkennung einer neuen Form der Pflegschaft geschaffen, die sogenannte Fachpflegschaft, die das klassische Angebot der Pflegefamilien ergänzt, um somit zusätzliche Aufnahmekapazitäten zu schaffen.

Im Bereich **Wohnungswesen** haben wir massiv in den öffentlichen Wohnungsbau investiert. Im Hinblick auf die Umsetzung des Wohnungsdekrets vom 6. Mai 2024 haben wir erste Ausführungsbestimmungen verabschiedet. Auch wurde die Konzeption eines Aktionsplans für das Wohnungswesen in der DG begonnen, der in enger Absprache mit den Gemeinden und den Akteuren entwickelt werden soll.

Die **Kinderbetreuung** ist ein zentraler Pfeiler unserer Familienpolitik und stärkt zugleich unseren Wirtschaftsstandort.

Die Regierung hat in den letzten Monaten an der Umsetzung der Reformen zur Aufwertung der Kinderbetreuung gearbeitet, die in der letzten Legislatur beschlossen wurden. Dazu gehört ausdrücklich ein attraktives Personalstatut für Tagesmütter und -väter.

Mittlerweile ist die DG belgienweit der mit Abstand attraktivste Arbeitgeber in der Kinderbetreuung.

Die Reform hat bereits heute konkrete Ergebnisse gebracht: Über 300 zusätzliche Betreuungsplätze wurden geschaffen, und der Deckungsgrad der

Kleinkindbetreuung stieg von 36 % im Jahr 2019 auf 56 % im Jahr 2024 – ein Spitzenwert in Europa.

Für den **Tourismus-Bereich** wurde die neue Tourismusstrategie vorgestellt.

Auch die **Bibliotheken** stellen wichtige Begegnungsorte dar. Daher wurden alle 36 Bibliotheken in der Deutschsprachigen Gemeinschaft besucht, um deren Stärken und Schwächen kennenzulernen und die Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum weiter auszubauen. Auch wurde der Prozess zur Ansiedlung des Medienzentrums im Triangel angestoßen und das Angebot der Digitalbotschafter ausgeweitet, um die digitale Kluft in Ostbelgien weiter zu verringern.

Zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung des **Sportwesens** in Ostbelgien wurde eine Entwicklungsstudie zum Breitensport lanciert. Im August 2025 ist auch der Startschuss für die Arbeiten der Leichtathletikbahn an der Halle des König-Baudouin-Stadions-Schönefelds gefallen. Die DG beteiligt sich zu 75% an den Kosten.

Im **Bildungswesen** wurden auf der Grundlage unserer langfristig ausgerichteten Strategie zahlreiche Verbesserungen auf den Weg gebracht.

So wurden beispielsweise:

- die Möglichkeiten zum Abschluss von Lehrverträgen für Personen über 29 Jahre ausgeweitet,
- kontinuierlich neue duale Lehrprogramme zugelassen,
- die Einführung des neuen Studiengangs TB Sicherheit am Robert-Schuman-Institut, der vor allem für Polizei und Feuerwehr in Ostbelgien von Bedeutung ist, verwirklicht,
- das neue Dreh- und Fräse-Zentrum am Campus RSI / ZAWM Eupen mit einer Investition von 320.000 € ermöglicht,
- die Fokussierung im Unterrichtswesen auf die zentralen Ziele Grundkompetenzen stärken, Bildungsgerechtigkeit weiter erhöhen, Stärkung

der Handlungsfähigkeit der Schulen, den Unterricht als Kerngeschäft fördern fortgesetzt,

- im Konsens mit den Trägern und Schulen das Handynutzungsverbot beschlossen und umgesetzt,
- die Reform des Grundschullehrerstudiums von 3 auf 4 Jahre mit Aufwertung der Praktikumsphasen, der Förderpädagogik und der Französisch-Kenntnisse erreicht,
- die Grundlagenarbeit gestartet zur Reform des Stellenkapitals, zum zukünftigen Bildungsmonitoring und Verbesserungen im Dienstrecht;
- die Abschaffung der BVA-Verträge mittels der Einführung von SBZ-Verträgen (Stellenkapital zu besonderen Zwecken) verwirklicht;
- eine verbesserte Anerkennung von relevanter Berufserfahrung bei Lehrpersonen erlaubt;
- die Überführung der Immobilien des FSU an die DG konsequent fortgesetzt.

Darüber hinaus wurden im vergangenen Jahr wichtige Schritte in der Förderpädagogik unternommen.

Die **IT-Reform im Unterrichtswesen** wurde ehrgeizig vorangetrieben. Wir wollen allen Bildungseinrichtungen eine sichere, zentrale unterstützte und zukunftsfähige digitale Infrastruktur bieten, die sowohl Unterricht als auch Verwaltung erleichtert.

Vor der Reform gab es unterschiedliche Systeme, unzureichende Internetzugänge und oft nur begrenzte IT-Betreuung.

Die Reform sorgt jetzt für stabile Internetzugänge, Glasfaseranschlüsse in allen Sekundarschulen, moderne Netzwerke mit WLAN und feste Anschlüsse in allen Klassenräumen.

Zudem wurde die Ausstattung in unseren Schulen erneuert: Beamer, Bildschirme, interaktive Tafeln und zentral verwaltete Endgeräte stehen nun flächendeckend für Lehrpersonen und Schüler zur Verfügung.

In der Beschäftigungspolitik wurde die konkrete Umsetzung der bereits getroffenen Maßnahmen ergebnisorientiert vorangetrieben, wie etwa die Anerkennung aller

ÖSHZ als Vermittlungsdienste, die Operationalisierung des Partnerportals - dem entscheidenden digitalen Instrument der Zusammenarbeit zwischen ÖSHZ und Arbeitsamt -, und die Umsetzung der Strategie zur Digitalisierung der Arbeitsprozesse des Arbeitsamts.

So viel – beispielhaft und in aller Kürze - zu den bisherigen Verwirklichungen.

Im weiteren Verlauf werde ich noch auf einige zentrale Themen zurückkommen.

Energie und Klimaschutz

Zu den prioritären Zielen der Strategie Ostbelgien leben 2040 gehört, „den Klimaschutz für die nächsten Generationen zu sichern“.

Grundlage hierfür ist der integrierte Energie- und Klimaplan aus dem Jahr 2019, der mit allen neun Gemeinden erarbeitet wurde und eine CO₂-Reduktion von mindestens 55 % bis 2030 vorsieht.

Dafür hatten wir seinerzeit 31 konkrete Maßnahmen festgelegt.

Im „Klimaschutzplaner“ sind inzwischen 556 Aktionen der DG und der Gemeinden erfasst.

Das ist ein vielversprechender Erfolg.

Unser Energieprämiensystem für Privatpersonen bleibt in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument. Es unterstützt die Menschen dabei, Energie und Geld einzusparen. Mittlerweile konnten wir schon mehr als 2.800 Anträge aus unserer Bevölkerung genehmigen.

Eine Abänderung des Erlasses für Energieprämien zur Einführung von Einkommensobergrenzen wurde in der Zwischenzeit in die Wege geleitet.

Wir werden im kommenden Jahr erneut 4 Millionen EUR zur Verfügung stellen, um Energiesparmaßnahmen in privaten Haushalten zu fördern. Damit investieren wir in diesen Bereich 8-mal so viel wie die Wallonische Region, als sie noch hierfür zuständig war.

Der Anteil erneuerbarer Energien wiederum ist hierzulande seit 2006 von 4 % auf 25 % gestiegen.

Darauf wollen wir aufbauen.

Zwar ist die DG nicht für die Regelung der Energiepreise zuständig.

Dennoch sind wir bereit, eine konkrete Anfrage der hiesigen Unternehmer aufzugreifen und Initiativen zur Entkopplung der Preise von geopolitischen Entwicklungen auf den Weg zu bringen.

So setzen wir uns zum Beispiel vehement für ein Wasserstoffterminal in der DG ein, um Kunden thermisch und elektrisch zu versorgen.

Darüber hinaus bleiben Biomasse, Photovoltaik und oberflächennahe Geothermie wichtige Säulen.

Wir werden uns selbstverständlich auch weiterhin für die Verwirklichung unseres Windkraftrahmenplans verwenden. Gleichzeitig wollen wir zusammen mit Elia, ORES und einer neuen Partnergesellschaft innovative Speichertechnologien vorantreiben, um Stromspeicherung und Preiskontrolle zu fördern.

Wir wollen dazu beitragen, Betrieben und Haushalten stabile, günstige Tarife zu ermöglichen, unabhängig von kurzfristigen Marktentwicklungen und geopolitischen Einflüssen.

Überdies verknüpfen wir Klimaschutz mit resilienter Raumplanung.

Strategien für Gewerbeflächen, Kooperationen für Wärmenetze, der Aufbau eines Nachhaltigkeitsfonds und das Konzept eines energieautarken Ostbelgiens gehören dazu.

Geplant sind zudem eine flächendeckende Ladeinfrastruktur, regionale Radwegeprojekte und neue EU-Finanzierungen.

All diese Schritte sind Bausteine auf unserem Weg zu einem klimafreundlichen, energieeffizienten und zukunftssicheren Ostbelgien.

Raumordnung

Zu den Zielen von Ostbelgien leben 2040 gehört die „zukunftsweisende, resiliente Landschafts- und Siedlungsentwicklung“ – kurz: die Raumordnung.

Ostbelgien steht vor großen Herausforderungen – Flächenknappheit, demografischer Wandel, Klimaanpassung.

Deshalb arbeiten wir an einer grundlegenden Reform der Raumordnungsgesetzgebung. Dabei nutzen wir die Vorarbeiten und Studien aus der letzten Legislaturperiode.

Nach einer ersten Vorlage im Dezember 2024 haben wir zahlreiche Gespräche mit den Gemeinden geführt.

Derzeit sprechen wir auch mit den Sozialpartnern, mit besonders betroffenen Sektoren wie Bau, Landwirtschaft oder Energie, mit Architekten und Stadtplanern, mit Sozialverbänden und Umweltschützern.

Jede dieser Gruppen bringt eine wertvolle Perspektive ein – von der Wohnungsfrage über Klimaschutz bis zur Sicherheit im Katastrophenfall.

Natürlich werden wir auch das Parlament eng einbinden.

Uns ist wichtig, dass alle Beteiligten nicht nur angehört, sondern auch gehört werden.

Wir wollen Vorschläge aufnehmen, die nachhaltig, finanzierbar und praktikabel sind – unabhängig davon, von welcher Seite sie kommen.

Wir werden ein praxisnahes Konzept erarbeiten, das wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Dazu werden wir noch in dieser Sitzungsperiode eine ausführliche Regierungsmitteilung vorlegen.

Parallel dazu arbeiten wir weiterhin an wichtigen strategischen Dokumenten – etwa dem Windkraftrahmenplan, einem neuem Raumentwicklungsschema sowie dem Konzept für ein energieautarkes Ostbelgien.

Auch in der Gewerbeflächenentwicklung setzen wir neue Akzente.

Wir wollen hochwertige Flächen gezielt erschließen, bestehende besser nutzen und Branchen wie Technologie, Maschinenbau und Lebensmittelproduktion gezielt stärken.

Dank unserer Nähe zur RWTH Aachen, der FH Aachen und dem Forschungszentrum Jülich können und wollen wir Forschung und Industrie noch enger vernetzen.

Unsere Entwicklungsstrategie für eine wirtschaftsfreundliche, innovative, nachhaltige und soziale DG geht weit über die eigentliche Planung von Gewerbeflächen hinaus.

Sie unterstützt Unternehmen aller Größen und Standorte, fördert energieautarke Gewerbegebiete und schafft Technologicampi sowie Start-up-Zonen in Universitätsnähe.

Neue Gewerbeflächen sollen ressourcenschonend und naturverträglich ausgewiesen werden.

Bereits jetzt danken wir allen Gemeindeverantwortlichen und den vielen Beteiligten der Zivilgesellschaft für die konstruktiven Vorarbeiten und die offene Dialogbereitschaft.

Parallel hierzu wollen wir die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern in raumordnerischen Fragen spürbar verbessern.

Veraltete und schwer verständliche Vorlagen werden wir überarbeiten, damit unsere Entscheidungen klar nachvollziehbar sind – ein entscheidender Schritt übrigens auf dem Weg zur digitalen Aktenbearbeitung.

Wir werden nämlich ein neues Web-Portal zur Raumordnung aufbauen und einen zentralen Zugang zu allen wichtigen Informationen für Antragsteller, Gemeinden und Fachakteure einrichten.

Die Hochwasserkatastrophe 2021 hat uns ferner auf dramatische Weise die Bedeutung von **Resilienz** in Erinnerung gerufen.

Deshalb werden wir fortlaufend Beratungen für Bauvorhaben in Überschwemmungsgebieten anbieten und in Absprache mit der Wallonischen Region auf klare Richtlinien setzen.

All diese Maßnahmen – von der Gesetzesreform bis hin zur Gewerbe­strategie, Klimaschutz und erneuerbaren Energien – haben ein gemeinsames Ziel:

Ein zukunftsfähiges, resilientes und lebenswertes Ostbelgien.

Wohnungsbau

Eng verknüpft mit der Raumordnung ist das Wohnungswesen.

Attraktiver und erschwinglicher Wohnraum macht unsere Gemeinschaft für Familien und Arbeitskräfte lebenswert.

Die aktuellen Zahlen zeigen Handlungsbedarf:

2024 sank die Zahl der Baugenehmigungen um rund 30% gegenüber dem Vorjahr.

Besonders Haushalte mit mittlerem Einkommen sind betroffen, da Baukosten, Grundstückspreise und Mieten stark gestiegen sind.

Wartelisten für Sozialwohnungen werden voraussichtlich weiter anwachsen, wenn wir nicht gegensteuern.

Die Regierung reagiert darauf mit gezielten Maßnahmen:

So wollen wir zum Beispiel den öffentlich geförderten Wohnungsbau stärken. Bis 2026 werden wir 30 Millionen Euro in Neubau und energetische Sanierung investieren. Und wir sind bereit, weitere 37 Millionen zur Verfügung zu stellen. Dabei werden wir finanziell von der EU unterstützt. Es ist uns gelungen, hierfür europäische Fördermittel in Höhe von 15 Millionen EUR zu akquirieren.

Kurzfristige Handlungsfelder sind die Umsetzung des neuen Wohndekrets, die Einführung einer angepassten Software für die ÖWOB und das Hinwirken auf eine Verlängerung von Sozialkrediten in Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region.

Außerdem arbeiten wir an innovativen Modellen zur Förderung von bezahlbarem, privatem Wohnraum. Dazu haben bereits zahlreiche Gespräche mit dem Bausektor und möglichen Partnern stattgefunden. Darauf werden wir zu einem späteren Zeitpunkt näher eingehen.

Denkmäler und Kulturgut

Prägend für unsere Städte und Dörfer sind neben Wohnraum, Wirtschaft und Industrie unsere Denkmäler und Kulturgüter.

Sie tragen dazu bei, unsere Ortschaften attraktiv zu machen.

Die Burgen und Denkmäler verbinden uns mit unserer Geschichte, geben Identität und prägen das Gesicht unserer Dörfer und Städte.

Seit der Entdeckung der Burgruine St. Vith 2020 ist intensiv geforscht worden, um das Erbe dort zu sichern und neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Bis Juni 2025 wurden Grabungen, Analysen und rechtliche Klärungen abgeschlossen.

Nun stehen Eigentumsübertragung, Trägerschaft und ein Nutzungskonzept im Fokus, um die Mauern dauerhaft zu sichern und die Geschichte an diesem Ort lebendig vermitteln zu können.

Dorfentwicklung

„Tief verwurzelt und breit vernetzt“ ist ein weiteres Leitmotiv der Vision Ostbelgien leben 2040.

Mit dem Projekt „Lebendige Dörfer“ tragen die Ländlichen Gilden dazu bei, dieses wichtige Leitmotiv umzusetzen und unsere Dörfer zukunftsfähig zu machen.

Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement in unseren Dörfern weiter stärken.

Wir wollen, dass Dorfgruppen direkt vor Ort beraten und begleitet werden, um neue Initiativen und Beteiligungsprozesse anzustoßen.

Seit 2024 sind sogenannte Zukunftsateliers das zentrale Instrument dieser Arbeit.

Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres konnten bereits 18 Dörfer auf diese Weise unterstützt werden.

Die nächsten Schritte sind für uns: die Weiterentwicklung der Zukunftsateliers, der Ausbau der Ehrenamtsschulungen und eine moderne, barrierefreie Webpräsenz.

So bleiben unsere Dörfer vernetzende Orte des gesellschaftlichen Miteinanders.

Bildung

Zu den Kernaufgaben unserer Gemeinschaft gehört die Bildungspolitik.

Sie wird in der Vision Ostbelgien leben 2040 durch das Leitziel „Bildung und lebenslanges Lernen für alle“ aufgegriffen.

Die Bildungsvision setzt auf qualitativ hochwertigen Unterricht, die Entlastung der Lehrpersonen und ein effizientes Schulsystem.

Internationale Vergleichsstudien wie PISA oder VERA zeigen, dass die Grundkompetenzen – insbesondere Lese-, Schreib- und Mathematikfähigkeiten – weiter gestärkt werden müssen.

Sie sind entscheidend für schulischen Erfolg, berufliche Perspektiven und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Überarbeitung der Rahmenpläne setzt genau hier an.

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Fachverantwortlichen, Vertretern der Unterrichtsnetze, der Autonomen Hochschule und externen Experten, arbeitet an einem Kernrahmenplan, der die Schlüsselkompetenzen der DG definiert und als verbindlicher Orientierungsrahmen für alle Fächer dient.

Priorität haben zunächst die Fachrahmenpläne für Deutsch, Französisch und Mathematik.

Außerdem werden Grundkompetenzen fächerübergreifend – etwa in Naturwissenschaften, Geschichte oder Sport – gestärkt.

Wir wollen zentrale Fähigkeiten praxisnah fördern und Bildungsungerechtigkeiten verringern.

Die Umsetzung soll in zwei Phasen erfolgen:

Ab dem Winter 2025 werden Kern- und Fachrahmenpläne fertiggestellt und ab 2027 auf weitere Fächer ausgeweitet.

Lehrpersonen werden in der Umsetzung unterstützt, beispielsweise durch praxisnahe Fortbildungen und Umsetzungsvorschläge.

Entscheidend für die Qualität unseres Schulsystems und die Umsetzung der Bildungsvision ist ferner ein konsequentes Bildungsmonitoring.

Es kann Daten liefern zu Lernstand, Ressourcen, Schülerwohlbefinden und Unterrichtsentwicklung. Es unterstützt die gezielte Förderung von Schülerinnen und Schülern.

Deshalb wollen wir ein solches Monitoring aufbauen.

Eine standardisierte Datenstrategie soll die Erhebung, Nutzung und Aufbereitung von Daten in unserem Bildungssystem verbessern und als Grundlage für Entscheidungen von Politik, Schulträgern und Schulleitungen dienen.

So können Ergebnisse regelmäßig genutzt werden, um Unterricht, Ressourcenverteilung und Bildungspolitik gezielt weiterzuentwickeln.

Stellen- und Stundenkapital bilden bekanntlich die Grundlage für die Zuweisung von Personalressourcen in unseren Schulen. Bisher orientiert sich die Verteilung dieses Kapitals vor allem an Schülerzahlen, was die Flexibilität der Schulen einschränkt, auf neue pädagogische Anforderungen, inklusive Konzepte und unterschiedliche Lernbedarfe angemessen zu reagieren.

Die OECD empfiehlt deshalb zurecht, Ressourcen stärker an den tatsächlichen Bedarfen von Schülern und Schulen auszurichten.

Wir wollen diese seit Jahrzehnten bestehenden Systeme grundlegend reformieren.

Kernziele der Reform sind Transparenz, Effizienz, Chancengerechtigkeit, Flexibilität, Effektivität, Rechenschaftspflicht und Nachhaltigkeit.

Die Umsetzung werden wir schrittweise vornehmen:

Zunächst werden der aktuelle Stand analysiert, in Absprache mit den Bildungsverantwortlichen ein Reformmodell für bedarfsorientierte Ressourcen entwickelt und standardisierte Abklärungsverfahren eingeführt.

Anschließend folgt die rechtliche Umsetzung per Dekret und schließlich die Implementierung mit intensiver Schulunterstützung.

Wir wollen die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler verbessern, Ressourcen effizienter nutzen, die Überlastung der Lehrkräfte reduzieren und deren Motivation stärken.

Wir wollen die Unterrichtsqualität und Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen nachhaltig verbessern.

Im Bereich der **Inklusion** lautet der Auftrag an unser Bildungswesen, jedes Kind und jeden Jugendlichen bedarfsorientiert zu fördern, unabhängig von Lernvoraussetzungen oder sozialem Hintergrund.

Damit Inklusion gelingt, müssen Schulen aber organisatorisch und personell hinreichend ausgestattet sein.

Daran werden wir arbeiten.

Nachdem wir bereits spürbare Fortschritte im Grundschulwesen erzielen konnten, wollen wir jetzt verstärkt auch die Sekundarschulen in den Blick nehmen.

Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf auf dieser Ebene vermehrt in Regelschulen integriert werden, um soziale Teilhabe und kurze Wege zu gewährleisten.

Damit das gelingen kann, wollen wir dafür sorgen, dass Schulen auf allen Ebenen durch dauerhafte Förderteams und gezielte Unterstützungsangebote begleitet werden.

Zukünftige Maßnahmen umfassen zum Beispiel auch die Vorbereitung eines berufsbegleitenden Masterstudiengangs in Förderpädagogik und die Effizienzsteigerung der Schulberatungsangebote.

Zu hochwertiger Bildung gehören hochwertige Lernbedingungen.

Seit 2015 plant die Regierung ein umfangreiches **Schulbauprogramm**, darunter Neu- und Umbauten an wichtigen Standorten wie dem César-Franck-Athenäum in

Kelmis, dem Königlichen Athenäum Sankt Vith, der Kaleido Servicestelle Eupen, dem Teilzeitunterricht Eupen und dem geplanten Technologicampus in St. Vith.

Außerdem wurden nach monatelangen Verhandlungen jetzt fast alle Gebäude des FSU an die DG übertragen; die letzte Übertragung steht kurz bevor.

Ursprünglich sollten Neubauten klassisch über Kreditfinanzierung erfolgen, doch verschärfte EU-Vorgaben schränken uns in diesem Bereich buchhalterisch ein. Die Regierung wird daher für das Schulbauprogramm genau wie unsere inländischen Kollegen auf alternative Finanzierungsmöglichkeiten zurückgreifen; und zwar genau so wie sie im flämischen Unterrichtswesen seit vielen Jahren erfolgreich eingesetzt werden. Wir wollen dem flämischen Vorbild folgen. Immerhin stehen Flandern und die FG vor ähnlichen finanz- und bildungspolitischen Herausforderungen. Klassisch finanzieren wollen wir hingegen auch weiterhin den Neubau Kaleido in Eupen und den geplanten Bau eines Technologicampus für technische Ausbildungen in St.Vith.

Auch **Künstliche Intelligenz** verändert das Bildungswesen grundlegend. Sie kann Unterricht bereichern, Lehrkräfte entlasten und Verwaltungsprozesse effizienter machen; birgt aber Risiken wie Abhängigkeit oder Verlust kreativer Fähigkeiten.

Wir müssen KI in unseren Schulen verantwortungsbewusst einsetzen, unter Wahrung von Datenschutz, Transparenz und pädagogischer Verantwortung.

Eine Expertengruppe widmet sich deshalb an der AHS bereits der Einbindung der KI in die Lehrer- Aus- und -Weiterbildung.

Langfristig wollen wir reflektierte Nutzung, Medienkompetenz, Entlastung der Lehrpersonen und faire, sichere Prozesse gewährleisten, sodass KI gewinnbringend Teil des Unterrichts wird.

Ausbildung

Die duale Ausbildung sowie der technisch-berufliche Unterricht tragen seit jeher dazu bei, den Standort Ostbelgien zukunftsfähig zu gestalten.

Sie stehen aber vor neuen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Immer mehr junge Menschen mit niedrigem Bildungsniveau steigen mit Ausbildungs- und Vermittlungshemmnissen in den Arbeitsmarkt ein. Initiativen wie Anlehre und

Anlehre+ belegen, dass modulare Angebote und gezielte Begleitung absolut notwendig sind, um diesen Risiko-Gruppen realistische Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu bieten.

Die bevorstehende Reform der Arbeitslosengesetzgebung erhöht den Bedarf an modularen Teilqualifizierungen und einer anerkannten Zertifizierung von Kompetenzen.

Um den Auszubildenden attraktive Perspektiven zu eröffnen, werden wir das IAWM, das ZAWM und die Sekundarschulen dazu ermutigen, modular gestaltete und partnerschaftlich geführte Lehrausbildungen mit Abiturabschluss anzubieten.

Außerdem wollen wir die Entwicklung eines Talentcenters nach Grazer Vorbild unterstützen. Die Lehrstellenbörse wiederum soll ins Jobportal des Arbeitsamtes integriert werden, um allen Zielgruppen den Zugang zu Ausbildungsplätzen zu erleichtern.

Schulbesuchskosten

Ein weiteres wichtiges Anliegen bleibt die Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit.

Die Bildungschancen unserer Kinder dürfen nicht von ihrer sozialen Herkunft abhängen.

Bildungsgerechtigkeit ist kein Luxus, sondern ein Menschenrecht – jedes Kind verdient die gleiche Chance, seine Träume zu leben.

Wer für Bildungsgerechtigkeit kämpft, kämpft für Würde, Gerechtigkeit und die Zukunft unserer Gesellschaft.

Wer in Bildungsgerechtigkeit investiert, investiert in eine starke, zukunftsfähige Demokratie.

Deshalb wurden unsere Investitionen in die Bildungsgerechtigkeit bereits massiv erhöht.

Man denke nur an:

- die Reduzierung der Schulbesuchskosten um 132 EUR pro Primarschüler und um 103 EUR pro Sekundarschüler;
- die kostenlose Bereitstellung von Laptops im Wert von 500 EUR für Sekundarschüler und Auszubildende;
- die kostengünstigen Schulmahlzeiten;
- die Herabsenkung des Kindergarteneintrittsalters;
- die kostenlose Schülerbeförderung in der Grundschule;
- oder auch an die kostengünstige, für 1 Stunde pro Tag sogar kostenlose, außerschulische Betreuung.

Das alles kostet unsere Gemeinschaft mehrere Millionen EUR pro Jahr.

Vieles davon gibt es weder in Flandern noch in der Französischen Gemeinschaft.

Dank unserer erheblichen finanziellen Anstrengungen müssen die Eltern in der DG heute deutlich weniger für den Schulbesuch ihrer Kinder bezahlen als im Landesinnern.

Keine Gemeinschaft unseres Landes investiert so viel in ihre Schülerinnen und Schülern wie die DG.

Den PISA-Studien und den Analysen der „Ligue des familles“ zufolge sind wir nicht nur auf einem guten Weg. Die OECD bescheinigt unserem Bildungswesen sogar, heute schon zu den gerechtesten in Europa zu gehören.

Dennoch dürfen wir nicht verkennen, dass der Schulbesuch selbst bei uns noch nicht kostenlos ist. Der Schulbesuch ihrer Kinder bleibt für Eltern eine finanzielle Herausforderung.

Darum dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

Darum wollen wir unsere Anstrengungen für mehr Bildungsgerechtigkeit in dieser Sitzungsperiode noch einmal verstärken.

So werden wir zum Beispiel die Schulbesuchskosten erneut reduzieren.

Konkret: Wir werden den Betrag, den wir durch die Streichung des sogenannten Schulbonus einsparen, dafür verwenden, die Schulbesuchskosten weiter abzusenken.

Alle Mitglieder der Regierung, insbesondere die Sozialministerin und der Unterrichtsminister, sind sich einig, dass die Senkung der Schulbesuchskosten im Interesse aller Schülerinnen, Schüler und deren Eltern liegt. Sie sind der Meinung, dass eine Senkung der Schulbesuchskosten wesentlich effektiver und nachhaltiger ist als der Schulbonus. Es handelt sich also sowohl um eine familienpolitische als auch bildungspolitische Maßnahme. Sie liegt sowohl im Interesse der Bildung junger Menschen als auch im Interesse ihrer Familien. Diese Umschichtung der Mittel vom Schulbonus hin zur Senkung der Schulbesuchskosten ist zielgerichtet, sinnvoll, gerecht und nachhaltig.

Diese Initiative – davon sind wir überzeugt – wird den Schülerinnen und Schülern unmittelbar zugutekommen, und zwar mehr als ein einmalig ausgezahlter Bonus über die Familienzulagen.

Nun haben uns in den letzten Wochen zahlreiche Menschen auf die Streichung des Schulbonus angesprochen, die unser Parlament vor 9 Monaten beschlossen hatte.

Sie haben uns unter anderem darauf hingewiesen, dass sie sich im August auf den jährlichen Schulbonus von 62 EUR eingestellt hatten und von der Streichung vollkommen überrascht wurden, weil die Kommunikation darüber keineswegs ideal war.

Und unsere Kritiker haben Recht. Die öffentliche parlamentarische Debatte darüber hat vor 9 Monaten stattgefunden. Es wäre besser gewesen, die Betroffenen im Nachgang noch einmal persönlich über die Streichung zu informieren.

Die Regierung hat sich ernsthaft mit dieser Kritik beschäftigt und ist zu der Schlussfolgerung gekommen, dass wir den Schulbonus aus den genannten Gründen in diesem Jahr tatsächlich noch einmal auszahlen sollten. Wir werden also den Eltern nachträglich den Betrag überweisen, mit dem sie im August fest gerechnet hatten. Wir werden dem Parlament vorschlagen, den Schulbonus ein letztes Mal mit dem Kindergeld auszuzahlen. Danach wollen wir, wie gesagt, das durch die Streichung des Schulbonus eingesparte Geld in eine weitere Senkung der Schulbesuchskosten investieren.

Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung ist ein weiterer Schlüssel für lebenslanges Lernen. Demokratiebildung und gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem lebenswerten Ostbelgien.

Unsere zwölf Einrichtungen bieten flexibel zugängliche Angebote an, die fachliche, soziale und digitale Kompetenzen stärken.

Das bestehende Grundlagendekret für ihre Arbeit stammt jedoch aus dem Jahr 2008 und trägt den aktuellen Herausforderungen unzureichend Rechnung.

Wir werden dieses Dekret deshalb in dieser Sitzungsperiode reformieren, um auch die Erwachsenenbildung in unserer Gemeinschaft auf zukunftssichere Beine zu stellen. Dabei wollen wir Qualität statt Quantität in den Mittelpunkt stellen.

Beschäftigung

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Zukunftsrisiken unserer Gemeinschaft.

Zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Arbeitsregion Ostbelgien gehört daher, Menschen durch hochwertige Bildungs- und Ausbildungsangebote zu qualifizieren und sie anschließend effizient in Arbeit zu bringen.

2026 wird ganz im Zeichen der föderalen Beschäftigungsreform stehen.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft betrifft die Reform über 1.000 Menschen – also mehr als zwei Drittel aller Bezieher von Arbeitslosenunterstützung.

Wir rechnen mit deutlich mehr Anfragen, insbesondere bei den Sozialhilfezentren.

Ab Januar 2026 werden viele Personen, die ihren Anspruch verlieren, Eingliederungseinkommen beantragen.

Zahlreiche Dossiers müssen eröffnet, individuelle Integrationsprojekte begleitet und Arbeitsvermittlung gewährleistet werden.

Ohne föderale Kompensationen wäre die Umsetzung kaum möglich. Wir haben daher in Brüssel die Forderung nach Kostenneutralität vertreten. Im Sommer hat die

Föderalregierung dann tatsächlich höhere Kompensationen beschlossen. Somit konnte eine höhere föderale Beteiligung an den steigenden Kosten beim Eingliederungseinkommen und Personal erreicht werden.

Sowohl das Arbeitsamt als auch die Öffentlichen Sozialhilfezentren begleiten arbeitsuchende Menschen mit dem Ziel, sie in die Arbeitswelt zu integrieren.

Berufliche Integration und soziale Teilhabe gehen Hand in Hand und verlangen eine enge Zusammenarbeit.

Mit dem Vermittlungsdekret haben wir die gesetzliche Grundlage geschaffen, um diese Kooperation verbindlich zu gestalten.

Die föderale Arbeitsmarktreform wird für die Begleitdienste enorme Umstellungen bedeuten, zumal nur wenige Monate zwischen Gesetzesbeschluss und Umsetzung liegen.

Wir haben uns daher in den letzten Monaten intensiv auf die föderale Arbeitsmarktreform vorbereitet.

Hierzu haben wir einen umfassenden Arizona-Fahrplan mit 15 Arbeitspaketen – insgesamt 65 Maßnahmen – ausgearbeitet.

Zur Begleitung der Abgangswellen ist eine „operationelle Koordinationszelle“ mit ÖSHZ, Arbeitsamt, dem Beschäftigungsminister und der Sozialministerin eingerichtet worden. Als wichtiger Partner bei der Umsetzung der Reform werden auch die Sozialbetriebe regelmäßig hinzugezogen.

Um die Betriebe gerade jetzt dabei zu unterstützen, Arbeitssuchende einzustellen, haben wir beschlossen, die Aktiv-Zuschüsse gezielt für die nächsten zwei Jahre um 33 % zu erhöhen. Damit senken wir die Lohnkosten und schaffen einen klaren Anreiz, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Maßnahme stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und eröffnet Menschen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

So verbinden wir wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Verantwortung.

Damit wollen wir den betroffenen Menschen neue Perspektiven eröffnen und sie schnellstmöglich wieder in Beschäftigung bringen.

Unser Ziel lautet, die Menschen in Ostbelgien bestmöglich durch diese Reform zu begleiten und die Vermittlung aus einer Hand konsequent auszubauen.

Gleichzeitig müssen wir weitere föderale Reformen im Blick behalten.

So plant die Föderalregierung auch Maßnahmen, damit mehr Langzeitkranke wieder eine Arbeit aufnehmen.

Mit dem föderalen Projekt „Zurück ins Arbeitsleben“ sollen arbeitsfähige Krankengeldempfänger unterstützt werden, wieder Fuß im Berufsleben zu fassen.

In unserer Gemeinschaft ist das Arbeitsamt zentraler Ansprechpartner für die Umsetzung dieses Projekts.

Gemeinsam mit dem Föderalstaat arbeiten wir daran, Gesundheit und Beschäftigung besser zu verzahnen und die Rückkehr in Arbeit zu erleichtern.

So soll das Projekt nicht nur zur Erhöhung der Beschäftigungsquote beitragen, sondern auch zur Umsetzung des Leitbilds Ostbelgien leben 2040: also einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschafts- und Arbeitsregion.

Medien

Zu Bildung und lebenslangem Lernen gehören nicht zuletzt Medienkompetenz und damit verbunden ein niederschwelliger Zugang zu attraktiven Medienangeboten.

Das Triangel und das Dienstleistungszentrum St. Vith sind hierfür bereits heute wichtige Anlaufstellen.

Durch neue Synergien wollen wir sie noch stärker zu Orten der Begegnung machen.

Ein zentrales Vorhaben ist dabei die Einrichtung eines festen Standorts des Medienzentrums im Dienstleistungszentrum.

Gemeinsam mit Jugendinfo möchten wir Synergien nutzen, um Medienkompetenz zu

fördern und den Bürgerinnen und Bürgern einen zentralen Zugang zu Beratung, Unterstützung und digitalen Projekten zu bieten.

Dieses Vorhaben kann ohne zusätzlich Kosten verwirklicht werden.

Kinderbetreuung

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Wenn wir Ostbelgien zukunftsfähig, resilient und lebenswert gestalten wollen, dann müssen wir ganz besonders den Kindern und Jugendlichen unsere Aufmerksamkeit schenken; und zwar weit über das Bildungswesen hinaus.

Obwohl in der Kinderbetreuung schon vieles umgesetzt werden konnte, ist trotz aller Erfolge erkennbar: Es bleibt noch viel zu tun.

In dieser Sitzungsperiode werden wir uns auf vier Ziele konzentrieren:

Die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze- und Angebote, die Vereinfachung der Rechtsgrundlagen, die Erneuerung des Onlineportals als einheitliches Arbeitsinstrument für alle Dienstleister und die Reform der Elterntarife.

Durch erschwingliche und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für Familien, stärken unsere Gesellschaft nachhaltig und machen unseren Standort zukunftsfähig.

Jugend

Im Rahmen einer evidenzbasierten Jugendpolitik wird 2026 der dritte wissenschaftliche Jugendbericht der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht.

Die Ergebnisse werden als Grundlage für den vierten Jugendstrategieplan dienen, dessen Themenschwerpunkte wir im Herbst 2026 festlegen und Anfang 2027 im Parlament vorstellen wollen.

Mit diesem Bericht stellen wir sicher, dass unsere Jugendpolitik auf verlässlichen Daten basiert und wir die Bedarfe junger Menschen gezielt adressiert.

Ein Leuchtturm in der Jugendpolitik der DG ist das Jugendbüro.

Die VoG Jugendbüro ist für 2021–2027 als Nationale Agentur der Europäischen Programme ESK und Erasmus+ sowie als Koordinatorin weiterer nationaler Projekte wie „eTwinning“ und „Youthpass“ zuständig.

Gleichzeitig ist sie Trägerin der mobilen Jugendarbeit in allen neun Gemeinden und Trägerin der offenen Jugendarbeit in sieben Gemeinden.

Da sie beide Aufgaben jedoch selbst wahrnimmt, kann die VoG leider keine europäischen Mittel zur Förderung der offenen und mobilen Jugendarbeit beantragen.

Die Regierung hat daher Gespräche zur strukturellen Neuaufteilung der VoG geführt, damit europäische Fördermittel akquiriert werden können.

Kultur

Zum Leitziel „tief verwurzelt und breit vernetzt“ gehört überdies die starke und überregional anerkannte Kulturlandschaft Ostbelgiens.

Sie macht unseren Standort lebenswert und attraktiv.

Strukturgebend für die Kulturlandschaft in der DG ist seit 2013 das Kulturförderdekret.

Es bildet den Rahmen für die gesamte Kulturförderung. Nach über 10 Jahren ist es jedoch angezeigt, diesen Grundlagentext zu evaluieren und an aktuelle Bedarfe anzupassen.

Das werden wir tun.

Wir wollen diese Reform der Kulturpolitik partizipativ unter Einbeziehung der Kulturszene vorbereiten, um die tatsächlichen Bedarfe abzubilden. Das begrüßen die hiesigen Kulturschaffenden ausdrücklich.

Zentrale Ziele der Reform sind die Stärkung qualitativer Förderkriterien, die Förderung nachhaltiger und strukturierter Kulturarbeit, die Einbindung kleiner und freier Akteure, vereinfachte Verfahren und bessere Planbarkeit, Förderung von Synergien zwischen Kultur, Bildung und Ehrenamt sowie eine transparente, chancengerechte Förderlogik.

Zu unserer lebendigen Kulturlandschaft gehören darüber hinaus unsere Museen.

Die Museen sind zentrale Orte für Bildung, Kultur und gesellschaftlichen Diskurs.

In der DG gibt es derzeit sechs anerkannte Museen. Ihre Förderung ist unverzichtbar.

Sie wird seit 2008 über das Museumsdekret geregelt.

Nach 17 Jahren erkennen wir auch in diesem Bereich Reformbedarf.

Deshalb werden wir das Museumsdekret in dieser Sitzungsperiode reformieren.

Wir wollen für eine moderne, übersichtliche Förderung mit einer stärkeren

Gewichtung qualitativer Kriterien sorgen. Dabei sehen wir eine enge

Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Ostbelgische Geschichte (ZOG) vor, das die

Museen künftig administrativ und konzeptionell unterstützen könnte.

Gesundheit

Zu den Leitzielen von Ostbelgien leben 2040 gehört eine „gesunde Region für alle – in jedem Alter“.

Hochwertige, wohnortnahe Gesundheits- und Pflegeleistungen in deutscher Sprache tragen entscheidend zur Lebensqualität in Ostbelgien bei.

Der **Krankenhausbereich** hat für die Gesundheitspolitik naturgemäß eine zentrale Bedeutung.

Unsere beiden Krankenhäuser stehen in diesen schwierigen Zeiten vor großen Herausforderungen.

Der Föderalstaat forciert den Bettenabbau und die Zentralisierung spezialisierter Dienste.

Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen entschieden für eine starke, wohnortnahe Basisversorgung ein.

Die enge Zusammenarbeit unserer beiden Häuser im Netzwerk MOVE ist dabei ein echter Gewinn: Angebote werden aufeinander abgestimmt, und die integrierte Versorgung wird gemeinsam vorangetrieben.

Die Regierung begleitet diesen Weg mit politischer Unterstützung und erheblichen Investitionen:

Über 100 Millionen Euro fließen in den Masterplan Eifel, weitere 50 Millionen Euro in das Krankenhaus Eupen.

Gleichzeitig vertreten wir die Interessen unserer Gemeinschaft in interföderalen Arbeitsgruppen und suchen Synergien mit unseren Partnern in der Wallonie.

Unser Ziel bleibt klar:

eine moderne, qualitativ hochwertige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache – für alle Menschen in Ostbelgien.

Pflegegeld

Zur Gesundheit gehört auch eine angemessene, finanzierbare Pflege; ganz besonders im Alter. Unser Pflegegeld hilft vielen Menschen, notwendige Dienstleistungen zu finanzieren.

Heute erhalten 2418 Menschen von der DG ein Pflegegeld.

Dieses Pflegegeld orientiert sich zurzeit am Pflegebedarf – unabhängig vom Einkommen.

Die meisten Empfängerinnen und Empfänger sind hochbetagt, benötigen mehrere Unterstützungsleistungen und beziehen im Schnitt fünf bis sechs Jahre Pflegegeld. Für viele ist diese Hilfe eine wichtige Stütze im Alltag.

Zum einen liegen die Kosten allerdings deutlich über den ursprünglichen Prognosen. Wir haben die Finanzmittel für das Pflegegeld in den letzten Jahren immer wieder massiv erhöhen müssen. Wir geben dafür mittlerweile sehr viel mehr aus, als wir vom Föderalstaat bekommen. Zum anderen stellt sich die Frage, ob das heutige System wirklich sozialgerecht ist.

Wir denken, dass auch dieses System reformbedürftig ist.

Aktuell prüfen wir deshalb im Rahmen einer AG die Auswirkungen einer stärkeren Berücksichtigung des Einkommens. Wir warten die Ergebnisse dieser Analysen noch

ab. Aber ich darf ankündigen, dass wir dem Parlament noch in dieser Sitzungsperiode einen Reformvorschlag unterbreiten werden.

Wir wollen ein gerechtes, tragfähiges, langfristig finanzierbares und zielgerichtetes System für unsere älteren Mitmenschen schaffen.

Häusliche Hilfe stärken – Selbstbestimmung im Alter ermöglichen

Mit dem demografischen Wandel wächst auch die Bedeutung der häuslichen Hilfen. Viele ältere Menschen wünschen sich, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu leben.

Damit das gelingt, braucht es verlässliche und zugängliche Unterstützungsangebote. Deshalb handeln wir vorausschauend:

Wir werden in dieser Sitzungsperiode zusätzliche Mittel in die Aufwertung der häuslichen Hilfe investieren, um die Dienste zu entlasten und sie auf ansteigende Bedarfe vorzubereiten.

Wir wollen die zusätzlichen Mittel dazu nutzen, die bestehenden Angebote auszubauen und die Anbieter zu stärken. Bekanntlich wird ab nächstem Jahr neben Vivadom auch die SOS Hilfe als Anbieter in der häuslichen Hilfe fungieren. Dies ist ein wichtiger Schritt, um Kontinuität und Qualität in der häuslichen Hilfe zu sichern, sowohl für die Kunden als auch für das Personal.

Sport: Bewegung als Schlüssel zu Gesundheit und Teilhabe

Das Leitziel „Gesunde Region für alle in jedem Alter“ unterstreicht auch die zentrale Bedeutung von Sport für die körperliche und mentale Resilienz.

Sport und Bewegung sind weit mehr als Freizeitbeschäftigungen: Sie fördern Gesundheit, sozialen Zusammenhalt und Integration.

Angesichts des demografischen Wandels, veränderter Lebensgewohnheiten und neuer Freizeittrends müssen die Sportangebote stetig weiterentwickelt werden.

Darum haben wir jetzt eine wissenschaftlich fundierte Sportentwicklungsstudie in Auftrag gegeben, die uns künftig helfen soll, vorhandene Stärken im Sportbereich besser zu nutzen, Schwächen gezielt zu beheben und langfristig tragfähige Strukturen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Untersucht werden dabei sowohl das bestehende Sportangebot und die Infrastruktur als auch Rahmenbedingungen wie Mitgliederentwicklung, laufende Projekte und finanzielle Ressourcen.

Am Ende sollen konkrete und praxisnahe Handlungsempfehlungen vorliegen – mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit, Talentsichtung, gemeindeübergreifende Zusammenarbeit, flexible Angebote und die Nutzung öffentlicher Räume.

Ein zentrales Instrument zur sportlichen Entwicklung stellt das wissenschaftlich fundierte Konzept „Long-Term Athlete Development“ (LTAD) dar.

Dieses Modell begleitet die sportliche Entwicklung von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter.

Im Fokus steht eine ganzheitliche Förderung, die Leistung, Freude an Bewegung und das individuelle Potenzial in Einklang bringt.

Gleichzeitig werden zentrale Themen wie Talentsichtung, Trainerqualität und Nachhaltigkeit in das Konzept integriert.

Die praktische Umsetzung soll im Jahr 2026 mit einem Pilotprojekt beim Verband Deutschsprachiger Turnvereine (VDT) unter Begleitung des Leitverbandes LOS beginnen.

Wirtschaftsförderung

„Eine nachhaltige Wirtschafts- und Arbeitsregion“ ist ein weiteres Leitziel des Leitbilds Ostbelgien leben 2040.

Es gilt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, die ostbelgische Wirtschaft zukunftsfähig zu machen.

Die WFG Ostbelgien ist die zentrale Anlaufstelle für Gründer, Unternehmen und die ländliche Entwicklung in Ostbelgien. Diese wollen wir weiter stärken.

An den Standorten Eupen und St. Vith wurden bereits zahlreiche Projekte umgesetzt, die die wirtschaftliche Dynamik fördern.

Auch in dieser Sitzungsperiode soll die ganzheitliche Begleitung von Unternehmen – von der Gründung über Wachstum bis zur Nachfolge – das Kerngeschäft der WFG sein.

Allein 2024 wurden 388 Gründer beraten und 91 Unternehmensgründungen begleitet.

Mit Blick auf die neue Raumordnungsgesetzgebung wollen wir darüber hinaus in dieser Sitzungsperiode die WFG darauf vorbereiten, die Gemeinden durch Beratung, Informationsmaterialien und den Aufbau eines digitalen Gewerbeflächen-Tools zu unterstützen. Unser Parlament hat mit der Verabschiedung des angepassten Geschäftsführungsvertrags den hierfür notwendigen Rahmen bereits geschaffen.

Inklusion

Die „generationsübergreifende Teilhabe in allen Lebensbereichen“ ist ebenfalls ein zentrales Leitziel des Leitbilds Ostbelgien leben 2040.

Inklusion ist kein Ziel, das allein durch Worte erreicht werden kann. Inklusion erfordert ganzheitliches Handeln: barrierefreie Räume, technologische Hilfsmittel, die gezielte Ausbildung von Fachkräften – und vor allem eine offene, inklusive Haltung der gesamten Gesellschaft.

Die **Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL)** ist seit vielen Jahren die zentrale Anlaufstelle für Menschen mit Unterstützungsbedarf.

Um die vorhandenen Ressourcen effizienter zu nutzen, wollen wir in dieser Sitzungsperiode zwei zentrale Maßnahmen ergreifen:

1. Die Abschaffung der Pflicht zur Beratungsbescheinigung
Bisher mussten Betroffene ein Beratungsgespräch führen, bevor sie in ein Wohn- und Pflegezentrum einziehen durften oder einen Dienst der häuslichen Hilfe in Anspruch nehmen konnten. In der Praxis waren diese Gespräche jedoch häufig eine reine Formalität. Durch den Wegfall dieser Pflicht gewinnen die Fachkräfte mehr Zeit, um sich auf präventive Beratung

zu konzentrieren – etwa in Form von Informationsveranstaltungen oder Hausbesuchen.

2. Eine umfassende Organisationsanalyse der DSL zur Effizienzsteigerung
Ziel dieser Analyse ist es, bestehende Strukturen, Prozesse und Angebote in den verschiedenen Leistungsbereichen systematisch zu prüfen. Dabei sollen Potenziale für Zusammenarbeit, Ressourcenteilung und konzeptionelle Weiterentwicklung identifiziert werden. Insbesondere sollen Synergien aufgedeckt werden, die zu einer höheren Qualität, mehr Effizienz und einer stärkeren Vernetzung innerhalb der Organisation – und darüber hinaus im gesamten Ministerium – beitragen können. Die Analyse wird voraussichtlich im Zeitraum von Januar bis Juni 2026 durchgeführt. Der Abschlussbericht soll Ende 2026 vorliegen.

Tourismus

Zu den besonderen Stärken unserer Region zählt das vielfältige und qualitativ hochwertige Tourismusangebot.

Der Tourismussektor ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Er hat sich als fester Bestandteil der „nachhaltigen Wirtschafts- und Arbeitsregion“ Ostbelgien etabliert.

Im Frühjahr haben wir eine neue Tourismusstrategie für Ostbelgien erarbeitet – mit fünf zentralen Handlungsfeldern:

Nachhaltigkeit, Qualität, Vernetzung, Markenidentität und digitale Innovation.

In dieser Sitzungsperiode werden wir an der Verwirklichung dieser Strategie arbeiten.

Digitalisierung

Ein weiteres Leitziel von Ostbelgien leben 2040 lautet „Lebensqualität und Zukunftssicherung durch digitale Transformation“.

Die Digitalisierung verändert unser Leben grundlegend.

Mit der „Digitalen Dekade 2030“ hat die EU klare Ziele gesetzt:

80% der Bürgerinnen und Bürger sollen digitale Grundkompetenzen haben, Unternehmen sollen stärker Technologien wie KI oder Big Data nutzen, und öffentliche Dienste sollen bis 2030 vollständig digital zugänglich sein – inklusive digitaler ID und elektronischer Gesundheitsakte.

Unsere Digitalstrategie Ostbelgien, die wir erarbeitet haben, orientiert sich an diesen europäischen Vorgaben, setzt aber auch eigene Akzente.

Mit unserer Digitalstrategie wollen wir digitale Arbeits- und Lebensmöglichkeiten schaffen und unsere Region attraktiver machen für Wirtschaft und Innovation.

Besonders wichtig ist uns die gerechte digitale Gesellschaft.

Denn Digitalisierung darf niemanden ausschließen.

Schulen, Erwachsenenbildung, Bibliotheken, Jugend- und Senioreneinrichtungen und viele andere Organisationen sollen Menschen dabei unterstützen, digitale Kompetenzen zu erwerben.

Belgien gehört in Bereichen wie E-Government und E-Health europaweit zur Spitze.

Doch bei den digitalen Kompetenzen hinken wir hinterher.

Diese Lücke müssen wir unbedingt schließen.

Wir begreifen Digitalisierung als Querschnittsaufgabe.

Digitale Verwaltung bedeutet für uns zum Beispiel, dass

alle Bürgerinnen und Bürger eine digitale Identität und eine elektronische Gesundheitsakte erhalten sowie sämtliche Dienstleistungen online finden.

Wir wollen Behörden miteinander vernetzen und Bürokratie abbauen.

Unser Anspruch ist eine Verwaltung, die proaktiv, kundenfreundlich und sicher agiert – digital, aber stets mit analoger Unterstützung, wenn sie gebraucht wird.

Mit der Einführung der digitalen Bauakte wollen wir zum Beispiel in der Raumordnung Verfahren vereinfachen und den Austausch zwischen Behörden beschleunigen.

Wirtschaftsstandort der Zukunft bedeutet in diesem Kontext für uns beispielsweise, dass wir Digitalisierung als Chance nutzen. Daten, KI, Cloud und Big Data sollen in allen Branchen ankommen, besonders bei unseren KMU.

Moderne digitale Infrastrukturen sind die Basis für all das. Ohne moderne digitale Infrastrukturen drohen wir von der digitalen Welt abgehängt zu werden.

Mit dem Glasfaserausbau wollen wir Highspeed-Internet für alle Haushalte, Schulen und Institutionen ermöglichen.

Darüber hinaus sollen kostenlose Hotspots und moderne Ausstattung in Schulen und öffentlichen Gebäuden Ostbelgien fit für die digitale Zukunft machen.

Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung

Am 25. März 2024 erfolgte im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine detaillierte Regierungserklärung zum Bürokratieabbau und zur Verwaltungsvereinfachung.

Auf den Punkt gebracht: Sowohl den Bürgern, Vereinigungen und Unternehmen, als auch den Mitarbeitenden der öffentlichen Dienste soll durch Bürokratieabbau Zeitersparnis und mehr Gestaltungsspielraum in ihren eigentlichen Aufgaben eröffnet werden.

Zwischenzeitlich haben wir durch das Programmdekret vom 23. Dezember 2024, das Programmdekret vom 14. Februar 2025 und den Reformerlass vom 28. Mai 2025 eine ganze Sammlung an Verwaltungsvereinfachungen in die Tat umsetzen können.

Der Direktionsrat des Ministeriums hat darauf aufbauend Ende Mai 2025 eine Orientierungsnote zur weiteren Vereinfachung des Zuschusswesens der Regierung als Referentenentwurf zugestellt.

Der Entwurf sieht unter anderem vor:

- die Form und den Inhalt der Tätigkeits- und Finanzrechtfertigungen zu straffen,

- die Kategorien der förderbaren Personalkosten einheitlicher zu definieren und für Funktionskosten im Rahmen des Möglichen einfache Pauschalen zu nutzen,
- die mühsame Finanzrechtfertigung von Kleinstzuschüssen durch schlichte Durchführungsnachweise zu ersetzen,
- und die Verfahren für Ausstattungszuschüsse zu vereinfachen.

Die angedachten Reformschritte wurden zwischenzeitlich auch als Ideenbörse in die Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau des Ministeriums und der Arbeitgebervereinigungen AnikoS und AGV 329 eingebracht.

Ein wesentlicher Baustein der Verwaltungsvereinfachung wird die Umsetzung des europäischen Once-Only-Prinzips sein.

Das Once-Only-Prinzip zielt darauf, dass Privatpersonen und Unternehmen bestimmte Standardinformationen den öffentlichen Diensten nur noch einmal mitteilen müssen.

Zur konsequenten Umsetzung dieses Prinzips arbeiten wir mit der Universität Namur zusammen.

Wir werden dem Parlament in dieser Sitzungsperiode einen entsprechenden Dekretentwurf unterbreiten.

Institutionelle Reformen

Kolleginnen und Kollegen,

die Umsetzung der Strategie Ostbelgien leben 2040 und jedes darüberhinausgehende gemeinschaftspolitischen Vorhaben erfordert politische Autonomie.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über eine weitreichende Autonomie.

Die Zuständigkeiten der DG konnten im Laufe der vergangenen Jahrzehnte stetig erweitert werden - zugunsten einer Politikgestaltung aus einer Hand, zugunsten der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, die hier arbeiten und leben.

Dank unserer Autonomie konnten wir die Chancen der Kleinheit stets nutzen, und konkret auf hiesige Bedarfe antworten.

Mittlerweile ist die DG nach Flandern sogar der Gliedstaat mit den meisten Zuständigkeiten im föderalen Belgien.

Unsere Autonomie ist trotzdem nicht perfekt.

Die deutschsprachige Bevölkerung verfügt zum Beispiel bis heute nicht über eine gesetzlich abgesicherte Vertretung in der föderalen Abgeordnetenversammlung.

Unser Parlament hat seine Forderungen dazu kürzlich noch einmal mit breiter Mehrheit in einer Resolution zusammengefasst.

Die Regierung wird sich in dieser hierfür womöglich entscheidenden Sitzungsperiode gemeinsam mit dem föderalen Abgeordneten und unserer Senatorin für die Verwirklichung dieser Forderungen stark machen.

Genauso wie wir uns konsequent dafür einsetzen werden, dass die DG endlich einen ordentlichen Sitz mit Stimmrecht im Konzertierungsausschuss erhält.

Darüber hinaus habe ich am 10. Oktober 2024 gemeinsam mit meinem wallonischen Amtskollegen Adrien Dolimont vereinbart, einen gemeinsamen Lenkungsausschuss und gemischte Arbeitsgruppen einzurichten, um auf Basis von Artikel 139 der Verfassung neue Zuständigkeitsübertragungen an die DG in den Bereichen Provinzzuständigkeiten, Umweltgenehmigungen und Gemeindefusionen vorzubereiten.

Im Zuge der Arbeiten wurde am 3. Juli 2025 in einer gemeinsamen Regierungssitzung der Grundsatz beschlossen, die Provinzzuständigkeiten an die Deutschsprachige Gemeinschaft zu übertragen.

Wir wollen die Provinz auf unserem Gebiet abschaffen.

Die politische Grundsatzvereinbarung mit der wallonischen Regierung hat uns diesem Ziel sehr viel nähergebracht. So nah dran wie heute waren wir noch nie.

Dafür sind wir unseren wallonischen Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar.

Es bleiben jedoch noch viele technische Fragen zu klären.

Mittlerweile haben renommierte Verfassungsrechtler mehrere juristische Wege aufgezeigt, um aus der DG ein provinzzfreies Gebiet zu machen.

Damit werden wir uns schon in wenigen Wochen im zuständigen Ausschuss unseres Parlamentes beschäftigen können.

Noch haben wir die Provinzzuständigkeiten nicht; aber wir sind auf einem guten Weg, sie in absehbarer Zeit zu übernehmen.

Eine weitere Übertragung betrifft die Regelung der freiwilligen Gemeindefusionen, für die unser Parlament vor wenigen Minuten grünes Licht gegeben hat. Wir sind sehr zuversichtlich, dass das Parlament der Wallonischen Region diesen Text ebenfalls in dieser Sitzungsperiode absegnen wird.

Darüber hinaus wollen wir durch die Übertragung der prozeduralen Aspekte der Umwelt- und Globalgenehmigungen Vereinfachungen auf Verfahrensebene erreichen.

Die gemischten Arbeitsgruppen erarbeiten dazu derzeit die notwendigen juristischen und technischen Lösungen.

Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode alle Menschen, die hier leben, dazu eingeladen, sich in die Gestaltung unserer Heimat einzubringen.

Wir haben all unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen offenen, ehrlichen und konstruktiven Dialog angeboten.

Wir wollten und wir wollen den Vorteil unserer Kleinheit, den Vorteil der direkten Bürgernähe nutzen, um maßgeschneiderte Antworten auf die Bedürfnisse unserer Mitmenschen zu entwickeln.

Wir Politiker müssen unsere Kritiker ernst nehmen. Das gebietet nicht nur der politische Anstand. Das gehört zu einer gut funktionierenden Demokratie.

Die Regierung wird immer ein offenes Ohr haben für die Sorgen, Nöte, Wünsche und Vorschläge der Bevölkerung.

Unsere Gemeinschaft ist stark, weil wir sie gemeinsam gestalten. Wir wollen sie allen Krisen zum Trotz zukunftsfähig, resilient und lebenswert weiterentwickeln.

Die Regierung schlägt auf der Grundlage der Strategie Ostbelgien 2040 viele konkrete Maßnahmen vor, um unsere Heimat verantwortungsvoll in die Zukunft zu führen.

Wir hoffen, in einem konstruktiven Dialog mit dem Parlament über diese Schritte entscheiden zu können.

Doch die Zukunft entsteht nicht allein in Politik und Regierung.

Sie lebt von der Kraft der Menschen, die mitgestalten, mitreden und mitanpacken.

Jede Stimme, jede Idee und jedes Engagement zählen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.